

**Stadt Karlsruhe  
- Ortsverwaltung Neureut -**

## Niederschrift

über die öffentlichen Verhandlungen des ORTSCHAFTSRATES

am **08. Juni 2021** (Beginn **19.00** Uhr; Ende **20.55** Uhr)

im **Badnerlandhalle, Rubensstr.21**

---

Vorsitzender: **stellvertretender Ortsvorsteher Harald Denecken**

Zahl der anwesenden Mitglieder: **19** (Normalzahl **20** Mitglieder)

Namen der **nicht anwesenden** Mitglieder:

**Hubert Kast (V)**

Schriftführerin: **Annette Gerold**

Sonstige Verhandlungsteilnehmer: **Hauptamtsleiter Thomas Jäger  
Rechnungsamtsleiter Axel Grether  
Bauamtsleiterin Patricia Lüking**

Zu TOP 1: **Maria Dehmer  
Pascal Deprins, beide TransnetBW GmbH**

---

Nach Eröffnung der Verhandlung stellte der Vorsitzende fest, dass  
1. zu der Verhandlung durch Ladung vom **28.05.2021** ordnungsgemäß eingeladen, und  
2. die Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Verhandlung am **02.06.2021** ortsüblich bekannt gemacht worden ist.

Hierauf wurde in die Beratung eingetreten und folgendes beschlossen:  
Die Beschlussfähigkeit des Gremiums wurde vor der Behandlung des jeweiligen Tagesordnungspunktes festgestellt.

\*) Der Abwesenheitsgrund wird in der Klammer durch die Kurzzeichen (K) = krank, (V) = verhindert mit Entschuldigung, (U) = unentschuldigt ferngeblieben, angegeben.

Einleitend begrüßt der stellvertretende Vorsitzende sowohl die Zuhörer\*innen als auch Maria Dehmer und Pascal Deprins von TransnetBW.

**Zu Punkt 1 der T.O.:      Netzausbau      380kv-Leitung,      Information      der  
TransnetBW GmbH**

Im Rahmen des Netzausbaus für die Energiewende verstärkt die TransnetBW auf einem rund 80 km langen Abschnitt zwischen Weinheim und Karlsruhe eine bestehende 220-Kilovolt (kV)-Freileitung und stellt auf 380 kV um.

Auf den aktuellen Stand zum Thema bringen **Projektsprecherin Maria Dehmer** sowie **Teilprojektleiter Genehmigung Pascal Deprins** von der **TransnetBW** das Gremium. Sie liefern einen aktuellen Planungsstand zum Trassenkorridor und stehen dem Rat Rede und Antwort.

Bereits seit 2016 hat sich der Ortschaftsrat mit der Thematik immer wieder befasst, im April 2017 fand beispielsweise auch ein Bürgerinfomarkt in der Badnerlandhalle statt.

Einleitend gibt Dehmer unter anderem eine Projektübersicht zum Südlichen Teil des Vorhabens Nr. 19 im Bundesbedarfsplangesetz: Bei diesem Teil des Vorhabens handelt es sich um ein Gemeinschaftsprojekt von TransnetBW und Amprion. Die Streckenlänge in Baden-Württemberg beträgt dabei ca. 80 km von Weinheim bis Daxlanden. Die Genehmigungsbehörde ist die Bundesnetzagentur, das Verfahren erfolgt nach Netzausbau-Beschleunigungsgesetz (NABEG).

Bekanntlich soll in der Region eine Netzverstärkung der bestehenden Freileitung von 220 kV (Kilovolt) auf 380 kV sowie der Umbau von vier Umspannwerken auf 380 kV im Netzgebiet der TransnetBW: Weinheim, Mannheim (G380), Altlußheim, Daxlanden erfolgen.

Zum Projektstand führt sie an:

Die Leitungsverstärkung auf 380 kV befindet sich bei der Bundesfachplanung in der ersten Genehmigungsphase. Die Abarbeitung des Untersuchungsrahmens und Erstellung der Antragsunterlagen nach §8 Netzausbau-Beschleunigungsgesetz (NABEG) war bis 31. Mai 2021 erfolgt und der Antrag hierzu in Bonn abgegeben.

Zum Umbau der betroffenen Umspannwerke auf 380 kV erläuterte die Projektsprecherin:

*Weinheim:* Genehmigungsantrag im Mai 2021 eingereicht

*Mannheim (G380):* in der Genehmigungsvorplanung, Genehmigungsantrag geplant für 2. Jahreshälfte 2021

*Altlußheim:* Umbau abgeschlossen, Inbetriebnahmephase und Restarbeiten bis Frühjahr 2022 abgeschlossen

*Daxlanden: im Umbau seit November 2020*

**Teilprojektleiter Pascal Deprins** erläutert anschließend in seiner Präsentation den Trassenkorridorvorschlag sowie Alternativen. Gegenstand der Bundesfachplanung sei, so rief er in Erinnerung, eine Korridorprüfung (i. d. R. 1.000 m breit) und eine potenzielle Trassenachse als Hilfskriterium

Zudem gibt es eine Übersicht zu den verschiedenen Leitungskategorien.

Präsentiert wird ebenfalls eine Darstellung der Korridore von Eggenstein-Leopoldshafen mit dem Trassenvorschlag von Transnet sowie eine nördliche und südliche Variante.

Der Bereich, der dafür vorgeschlagen wird, führt um die Bestandsleitungen herum, zeigte er anhand einer Graphik. Die nördliche Variante zweigt nördlich des Bürgerparks Richtung Süden ab, geht an der B36 entlang und führt nördlich des Gewerbegebiets auf den Trassenkorridorvorschlag zurück.

Die südliche Alternative verläuft noch etwas weiter an der B 36 entlang und geht unterhalb der MIRO auf den Trassenkorridorvorschlag zurück.

Detailliert erläutert Deprins den Bestand in Eggenstein-Leopoldshafen von Norden kommend im Bereich des Bürgerparks in Form von zwei Freileitungen, aus der eine Leitungsanlage gemacht werden solle, die dann vier 380 kV-Stromkreise trage. Im Bestand seien im Bürgerpark sechs Stromkreise, davon zwei 110kV, die dann in diesem Bereich verkabelt werden sollen.

Für Eggenstein-Leopoldshafen existieren somit drei Möglichkeiten: Ein Ausbau der bestehenden Trasse, wobei eine kleinere Leitung eingespart werden könnte, und eine nördliche oder südliche Variante.

Beim Vergleich der Alternativen analysiert er, dass alle Korridore durchgängig und damit realisierbar sind. Als Gründe für die Wahl des Trassenkorridorvorschlags führt er den Verlauf auf bestehenden Trassen und keine Schaffung von neuen Betroffenheiten an. Die Nutzung von Bestandsleitungsanlagen sind ebenso möglich wie eine Reduzierung der Anzahl von Leitungsanlagen.

Wie die Bundesfachplanung weiter abläuft, stellt Dehmer im Anschluss vor, wobei man ungefähr in der Mitte der etwa sieben Schritte sei: Nach Vorlage und Erklärung der Vollständigkeit der bereits in Bonn abgegebenen Unterlagen durch den Vorhabenträger, startet die Erörterungsphase. Dazu werden die Unterlagen gedruckt

und ausgelegt bzw. auch online gestellt. Wann dies stattfinden werde, sei noch nicht bekannt, wobei keine Rücksicht auf Ferien genommen werden, betont sie.

Natürlich könne die TransnetBW dazu auch befragt werden.

Sie empfiehlt zudem, sich aufgrund des sehr großen Umfangs von etwa 5000 Seiten, sich die Segmente von Neureut dazu anzuschauen, auch die Schutzgüter und die Themen, die Neureut betreffen!

Dazu gehöre auch der Alternativenvergleich von Eggenstein-Leopoldshafen zwischen 1,2 und 3.

Nach Abschluss der etwa vierwöchigen Erörterungsphase mit einem Nachklapp für die Träger öffentlicher Belange, beginne die Abarbeitungsphase der beispielsweise eingegangenen Einwendungen, auch von Bürgern, was bis zu drei bis vier Monaten dauern könne. Danach lege die Bundesnetzagentur einen Erörterungstermin fest, zu dem nur diejenigen Personen eingeladen werden, welche eine Einwendung abgegeben haben, auch Einzelpersonen.

Sie appelliert an die Bürger\*innen und den Ortschaftsrat, bei der Öffentlichkeitsbeteiligung mitzuwirken. Diese werde über die Medien angekündigt.

**Ortschaftsrat Bernd Kalusche** dankt für die Informationen. Für die Grünen sei das Gelingen der Energiewende enorm wichtig, wobei leistungsfähige Stromtrassen das Rückgrat dafür seien, unterstrich er. Es gehe nun darum, die pragmatisch beste Lösung für die Trassenführung zu finden, auch wenn niemand die Masten vor der Haustüre haben möchte. Man honoriere, dass sich die Mühe gemacht wurde, Alternativen abzuklopfen! Beim vorgestellten Vorschlag ändere sich für Neureut nicht viel. Die Vorbehalte seien eher beim Nachbarn in Eggenstein-Leopoldshafen, was man auch verstehen könne. Daher sei es gut, darauf hinzuweisen, wie sich Bürger\*innen und politische Gremien einbringen können, was auch für unsere Nachbarn wichtig sei, so Kalusche.

Für die **CDU** sagt **Ortschaftsrat Sebastian Kreuter** für den ausführlichen Vortrag ein herzliches Dankeschön. Er fragt nach, was passieren könnte, dass Neureut auf eine der beiden Alternativen hinarbeiten müsse?

Dehmer erläutert hierfür detailliert die Situation in Eggenstein-Leopoldshafen, die Thematik im Bürgerpark mit Bestandsleitung sowie die rechtliche Prüfung.

Dazu gebe es im Internet eine Visualisierung der Eggensteiner Lösung unter der Plattform [dialognetzbau-transnetbw.de](http://dialognetzbau-transnetbw.de).

**Ortschaftsrat Dieter König** betont zum Thema Bürgerpark, dass er die vorgestellte Lösung persönlich ganz gut finde. Wünschenswert sei, die Trasse so schnell wie möglich zu realisieren und zu einem Planfeststellungsverfahren zu kommen.

Die Frage Königs nach der Zeitachse beantwortet Dehmer, dass bis 2024 die Planfeststellung durch sein müsste, jedoch eine Weile dauere, bis es umgesetzt sei.

Bis Ende der 20-er Jahre werde es mindestens dauern, weil hier eines der komplexesten Netzgebiete überhaupt vorhanden sei.

**Fraktionsvorsitzende Barbara Rohrhuber** dankt ebenfalls herzlich für die umfangreiche Darstellung. Sie will wissen, ob in der Erörterungsphase alle drei Alternativen ausgelegt und die Einwendungen erhoben werden müssen? Das ist bejaht worden. Die Lösung mit der Erdverkabelung im Bürgerpark empfinde sie als geradezu befriedigend. Zu einer auch im dichtbesiedelten Baden-Württemberg von ihr gewünschten Erdverkabelung, einer deutlich aufwändigeren Lösung, erklärt Dehmer zum Verständnis, dass 110 kV, was in Deutschland technischer Standard sei, häufig verkabelt werde, auch in Baden-Württemberg, wenn es sich anbiete. Was nicht verkabelt werde - außer in vom Gesetzgeber speziell ausgesuchten Pilotprojekten - sei 380 kV, die Wechselstromleitung. Hier gebe es in Baden-Württemberg keine Pilotprojekte.

### **Ergebnis:**

Der Ortschaftsrat nimmt die Informationen der TransnetBW GmbH zum Netzausbau 380kV-Leitung zur Kenntnis.

### **Zu Punkt 2 der T.O.:      Erlass einer Bekanntmachungssatzung und Änderung der Hauptsatzung**

Die Stadt Karlsruhe verfügt bisher über keine spezielle Bekanntmachungssatzung. Gegenwärtig enthält allein die Hauptsatzung der Stadt Karlsruhe die Regelung, dass Öffentliche Bekanntmachungen sowie öffentliche und ortsübliche Bekanntgaben der Stadt Karlsruhe durch Einrücken in das "Amtsblatt für den Stadtkreis Karlsruhe" durchgeführt werden, soweit gesetzliche Vorschriften nichts anderes bestimmen. Als Tag der Bekanntmachung gilt der Ausgabetag des Amtsblattes.

Die vergangenen Monate haben gezeigt, wie wichtig es für eine kommunale Verwaltung ist, schnell und effektiv auf kurzfristig eintretende Entwicklungen mit

kommunalen Rechtsetzungsinstrumenten reagieren zu können. Diese Notwendigkeit ist vor allem im Zusammenhang mit der aktuell herrschenden Corona-Pandemie deutlich geworden. Die Veröffentlichung kommunaler Rechtssetzungsakte vorwiegend durch Einrücken in das Amtsblatt der Stadt Karlsruhe wird diesen Anforderungen nicht mehr gerecht. Es besteht aufgrund des hohen Verbreitungsgrades sowie der größeren Flexibilität bei vielen Ämtern vielmehr das Bedürfnis, ihre Veröffentlichungen im Rahmen der bestehenden rechtlichen Möglichkeiten durch Bereitstellung im Internet vorzunehmen.

Nun soll die bisherige Bekanntmachungspraxis zum 1. August 2021 dahingehend geändert werden, dass die öffentlichen Bekanntmachungen der Stadt Karlsruhe künftig durch Bereitstellung auf der Internetseite der Stadt Karlsruhe vorgenommen werden, soweit dies gesetzlich zulässig ist. Zu Informationszwecken soll auch weiterhin eine Veröffentlichung der öffentlichen Bekanntmachungen im Amtsblatt der Stadt Karlsruhe erfolgen, um allen Bürgerinnen und Bürgern einen Zugang zu diesen Informationen zu gewähren und eine breite Kenntnisnahme in der Bevölkerung sicherzustellen. Die Nutzung der Möglichkeit einer Bekanntmachung durch Bereitstellung im Internet erlaubt der Verwaltung ein flexibles und effizientes Handeln. Zugleich wird die weitreichende Verbreitung der Veröffentlichungen in der Bevölkerung sichergestellt.

Ausgenommen von diesen grundsätzlichen Regelungen sind nach § 1 Abs. 4 der neugefassten Satzung öffentliche Bekanntmachungen, für die nach spezialgesetzlichen Regelungen ausdrücklich eine Veröffentlichung durch Einrücken in das Amtsblatt der Stadt Karlsruhe erforderlich ist (z.B. in Teilen des Wahlrechts).

Um einen rechtssicheren Wechsel des Bekanntgabemediums, insbesondere hinsichtlich Gemeinderats- und Ausschusssitzungen, zu gewährleisten, wird während eines Zeitraums von sechs Monaten im Amtsblatt der Stadt Karlsruhe darauf hingewiesen, dass die Bekanntgabe künftig im Internet erfolgt und dass die Bekanntgabe in der bisherigen Form eingestellt wird. Dabei ist zu beachten, dass auch weiterhin zu informativen Zwecken eine Bekanntgabe im Amtsblatt erfolgt, nach Ablauf des Übergangszeitraums aber die Bekanntgabe im Internet maßgeblich ist.

Für die **Grünen-Ortschaftsratsfraktion** begrüßt **Dr. Dorothea Hansis** sehr, dass die Bekanntmachungen jetzt digitalisiert werden. Jedoch solle auch sorgfältig darauf geachtet werden, dass Menschen ohne Internetanschluss auch informiert sind,

macht sie deutlich. Sie weist auch darauf hin, es sei bisher schwer, auf der Internetseite der Stadt Karlsruhe bestimmte Inhalte zu finden.

**Beschluss:**

Der Ortschaftsrat nimmt den Erlass einer Bekanntmachungssatzung und Änderung der Hauptsatzung zur Kenntnis und stimmt ihr zu.

**Zu Punkt 3 der T.O.:      **Antrag der SPD- und GRÜNE-Ortschaftsratsfraktion zur Linkenheimer Landstraße – Stellungnahme des Ordnungsamtes****

Einführend erläutert **Fraktionsvorsitzende Barbara Rohrhuber**, worin es in dem Antrag gegangen sei. Demnach habe sich zunächst ein Bürger selbst an das Ordnungsamt der Stadt Karlsruhe mit dem Anliegen gewandt, die Geschwindigkeit in der Linkenheimer Landstraße von 70 km/h auf 60 km/h im Bereich Neureut zu reduzieren und vielleicht stationäre Geschwindigkeitsmessenanlagen zu bauen oder regelmäßig mobile Geschwindigkeitsmessungen durchzuführen. Er habe eher ablehnende Antworten bekommen, denn es gab keine Unfallhäufungspunkte. Und auch die gemessenen Geschwindigkeiten seien nicht übermäßig hoch gewesen.

Daraufhin habe sich der Bürger an den Ortschaftsrat gewandt und die Grünen sowie die SPD haben daraus einen Antrag formuliert, wohlwissend, dass die gesamte Gestaltung bei Ordnungsamt liege - jedoch wollte man mit dem Antrag Anregungen geben.

Man wolle festinstallierte Lichtsäulen für Geschwindigkeitsmessungen, möglichst im Bereich der Ampelanlagen Moldaustraße/Blankenlocher Weg/ Johann-Georg-Schlosser-Straße sowie möglichst eine Geschwindigkeitsreduzierung auf 60 km/h. Hintergrund sei, dass die Kirchfeldsiedlung praktisch ein abgetrennter Ortsteil von Neureut sei, es liegen ein Schulwege daran sowie ein neue Schule an der Straße, Kindergärten und Kitas angrenzend in unmittelbarer Nähe. Zudem gebe es Straßen in Karlsruhe, wie beispielsweise teilweise die Neureuter Straße, die außerhalb geschlossener Ortschaften und eine Bundesstraße sei, auch Teile der Willy-Brandt-Allee. Deshalb wolle man bitten, nachzufragen, weshalb diese Straßen Geschwindigkeit 60 km/h haben und die Linkenheimer Landstraße, die eigentlich durch einen Ortsteil von Karlsruhe gehe, nicht 60 werden könne.

Bereits vor Jahren habe sie angeregt, da im Bereich der Johann-Georg-Schlosser-Straße stadtauswärts sehr schnell gefahren werde, unmittelbar nach der Ampel, die Einrichtung einer Lichtanlage. Die gemessenen Werte belegen dies und hier sei die Forderung, die Einrichtung einer Lichtanlage zu prüfen.

**Ortschaftsrätin Siglinde Andor** dankt dem Ordnungsamt für die Beantwortung des gemeinsamen Antrages und schließt sich den Aussagen ihrer Vorrednerin an. Ihrer Interpretation der Daten aus der Verkehrsmessung nach seien die Werte doch ziemlich hoch und sie beantrage deshalb, um den Verkehr an dieser Stelle etwas herunterzubekommen, ebenso wie Fraktionsvorsitzende Rohrhuber, eine Messsäule. Auch sie weist in diesem Zusammenhang auf die Gefahren des Schulweges hin. Zudem wolle sie eine Unfallverursachungsanalyse beantragen. Außerdem regte sie an, eine Verkehrszählung mit Clusteranalyse durchzuführen.

**Ortschaftsrat Sebastian Kreuter** meint, seine Fraktion könne den Antrag nicht wirklich nachvollziehen, da es zwar wünschenswert sei, dass überall die Geschwindigkeiten gefahren werden, die vorgeschrieben seien, was man sicherlich mit mehr Messanlagen erreichen würde. Dies sei allerdings nicht zweckmäßig, schloss er sich der Aussage des Ordnungsamtes an. Schließlich habe man bisher keinen Unfallhäufungsschwerpunkt. Er weist auch darauf hin, dass nicht für jeden Unfall ein Gutachten erstellt werde, wo nachvollzogen werden könnte, ob dafür ein Geschwindigkeitsdelikt zugrunde liege. Häufig sei bei Unfällen an Kreuzungen die Missachtung der Vorfahrt oder der Ampelschaltungen der Grund.

Die Statistik zeige, dass in diesem Bereich keine überhöhten Geschwindigkeiten vorliegen, ergänzt er.

Aus der Stellungnahme des Ordnungsamtes geht hervor, dass Geschwindigkeitsbeschränkungen nur bei besonderen Gefahrenlage möglich seien und es dafür keine Erkenntnisse gebe.

Die Antragsteller interpretierten im Laufe der weiteren Diskussion die gelieferten Daten anders.

Deshalb spricht stellvertretender **Vorsitzender Harald Denecken** an, dass bei Bedarf sicher auch ein Vorort-Termin mit dem Ordnungsamt stattfinden könne und weist darauf hin, dass sich der neue Leiter des Ordnungsamtes sicherlich zu gegebener Zeit im Ortschaftsrat vorstellen und Fragen beantworten werde.



**Ergebnis:**

Der Ortschaftsrat nimmt die Stellungnahme des Ordnungsamtes zum Antrag der SPD- und GRÜNE-Ortschaftsratsfraktion zur Linkenheimer Landstraße zur Kenntnis.

**Zu Punkt 4 der T.O.:      **Anfrage der AfD zum Thema „Kröten-Schranke Alte Bahnlinie“- Stellungnahme des Umweltamtes****

Für die Stellungnahme des Umweltamtes sowie auch für die ehrenamtliche Arbeit der Amphibienhelfer\*innen dankt Stolz in dieser Sitzung sehr, denn deren Einsatz erspare der Allgemeinheit teure Personalkosten. Wie hoch die Aufwandsentschädigung ist, geht aus der Antwort nicht hervor, aber aus eigener Erfahrung könne er sich vorstellen, dass diese Aufwandsentschädigung den Aufwand nur minimal entschädigt.

Zudem macht er noch zahlreiche Ausführungen zu den einzelnen Antworten des Amtes.

Folgend resümiert er: Zusammengefasst geht aus meiner Anfrage hervor:

Die Wanderstrecke verläuft aus dem Bereich Toskana über die Alte Bahnlinie sowie über den Bocksdornweg in Richtung Heidesee. Der Heidesee ist der Hauptlaichplatz der Kröten.

- Eine Sammlung ist aufgrund der seit Jahrzehnten **nicht** vorhandenen Baulichen Gegebenheiten **nicht** möglich. Ein Zeitpunkt für den Ausbau der Straße „Alte Bahnlinie“ steht **nicht** fest und soll, wenn, dann nur gemeinsam mit der Verlängerung der Heidebahn erfolgen. (Anmerkung: Zwischen der jetzigen Endhaltestelle und der vermutlichen Streckenführung Richtung Baugebiet Zentrum 3 steht das sog. „Alte Bahnwärterhäusle“, welches sich meines Wissens in Privatbesitz befindet und außerdem bewohnt ist.) Deshalb müssen sich alle Betroffenen noch viele, weitere Jahre auf eine jährliche Sperrung einstellen. Zum Glück hat noch niemand nach Wanderung der Kröten im Herbst gefragt.
- Obwohl entlang des Bocksdornwegs weiterhin tote Kröten gefunden werden (die genaue Anzahl ist nicht bezifferbar) ist dieser Bereich **NICHT** gesperrt. Ob

sich tote Kröten auf dem Gleis oder Parkplatzareal befinden, habe ich nicht gefragt.

- Genauso **nicht** gesperrt ist der Radweg zwischen Heidensee und Radstrecke obwohl dieser auf der Hauptwanderroute liegt bzw. die Hauptwanderroute kreuzt.
- Die städtische Lösung, nach jahrelanger, intensiver Beratung ist jetzt jedem bekannt. Kostenpunkt 30.000,- €.

Da aber eine auch in Zukunft immer noch nicht genau bekannte Anzahl von Kröten verenden, kann die Maßnahme aus Sicht des Tierwohls doch wohl kaum als erfolgreich gewertet werden. Und wenn man schon die Interessen der Bewohner des Gewerbe-/Mischgebiets „Am Sandfeld“ hintenanstellt und eine Straßensperre einführt, dann hätte man folgerichtig auch den Bereich Bocksbornweg von Goldregenweg bis inklusive Radweg nördlich des Heidesees sperren müssen. Damit hätten auch die Radfahrer, die Bewohner des Mischgebiets „Bocksborn-/Lorbeerweg“ sowie die Parkplatznutzer an der Wendeschleife ihre Interessen dem Tierwohl unter zu ordnen.

Wollen wir also unseren Bürgerinnen und Bürgern, so Stolz, in den nächsten Jahren, ich behaupte mindestens im nächsten Jahrzehnt, diese halbherzige, mit Mängeln ausgeführte Lösung zumuten? Ich will das nicht. Und ich gehe davon aus, dass jedem hier im Raum das Interesse der Bürgerinnen und Bürger genau so am Herzen liegt, wie das Tierwohl. Und wir uns so für den kleinsten gemeinsamen Nenner einsetzen sollten. Und wie könnte dieser kleinste gemeinsame Nenner, nach der jetzigen, neuen Situation vor Ort, aussehen? Mit der Errichtung der Schranken und damit der Möglichkeit zur Sperrung der Straße ist also das Problem der Sicherheit für die Helferinnen und Helfer beseitigt. Wie können wir also jetzt noch die Sperrzeiten auf ein Minimum reduzieren, bei einer maximalen Schutzwirkung für die Kröten? Da wären wir wieder beim Thema. Ein Krötenschutzzaun. Ich habe im Internet nach einem solchen Schutzzaun geschaut. Kosten für ca. 600 Meter inkl. Material komme ich auf ca. 3500 – 4000,- € Materialkosten. Hierbei handelte es sich nicht um eine genaue Anfrage, sondern um eine lose Kalkulation in einem Online-Shop. Da die Kröten, um nicht auszutrocknen, nur nachts oder bei Dämmerung wandern, wäre das Absammeln am frühen Vormittag zu festen Zeiten sinnvoll, wo dann auch die Straße für ein bis zwei Stunden gesperrt werden kann. Hier könnten dann auch interessierte Schülerinnen und Schüler unterstützen. Und das über viele Jahre, bis die Stadt endlich eine Idee für die Verlängerung der Heidebahn oder mindestens den Ausbau der Straße findet. Jetzt habe ich natürlich ein Problem, ich kann hier im Gremium

keine Anträge stellen. Also brauche ich Sie, liebe Kollegen, verehrte Ortschaftsräte, dazu. Ja, ich weiß, auf Landes- und Bundesebene könnte eine Zusammenarbeit mit mir, für Sie weitreichende Konsequenzen - bis hin zu einem Parteiausschluss - haben. Daher noch ein Vorschlag: Ich habe hier einen vorgefertigten Blanko-Antrag, den ich jeder interessierten Fraktion anbiete. Es braucht nur noch den jeweiligen Stempel und kann direkt eingereicht werden. Da ich hierauf kein Urheberrecht oder Patent geltend mache, könnt Ihr den Antrag auch gerne als Gedankenstütze und Vorlage für einen neuen Antrag verwenden. Vielleicht in Kombination mit einem Krötentunnel im südlichen Bereich und gleichzeitiger Entschärfung der Kurve bzw. der Kreuzung. Mir ist es egal, wer letztendlich diesen Antrag einreicht. Ein Parteibuch ist mir auch hier egal. Für mich steht das Interesse aller Bürgerinnen und Bürger von Neureut im Vordergrund“.

Auch **stellvertretender Vorsitzender Harald Denecken** bedankt sich anschließend im Namen des Ortschaftsrates bei den vielen freiwilligen Amphibienhelfer\*innen für ihre Arbeit. Die maximale Lösung, so fügt er an, komme, wenn das neue Zentrum III gebaut werde. Dann werde es dort eine Straßenbahntrasse geben und die Planer werden eine Lösung für die Kröten finden müssen.

Einer vom stellvertretenden Vorsitzenden vorgeschlagenen Begrenzung der Redebeiträge auf maximal drei Minuten, erteilt Fraktionsvorsitzender Karsten Lamprecht eine Absage, denn es sei so im Ortschaftsrat geregelt. Daher bitte er darum, dies auch weiterhin beizubehalten.

Die Grünen stehen für einen verantwortungsvollen Umgang mit allen Tieren und einen starken Tierschutz, verdeutlichte **Grünen- Ortschaftsrat Thomas Metzger** in der sich anschließenden Diskussion.

Wie bereits im vergangenen Jahr sei die Straße Alte Bahnlinie auf einer Länge von 300 Metern zwischen 18 und 8 Uhr für ca. 6 Wochen für den Autoverkehr gesperrt worden. Die Wanderung der besonders geschützten Erdkröten zum Laichgewässer Heidensee finde überwiegend nachts statt. Auch bei einem geringen Verkehrsaufkommen werde dies zu einer hohen Todesrate führen können, da die Kröten gerne auf der Straße nachts sitzen bleiben würden. Die Installation der beiden Schranken erleichtere die Arbeit der Helfenden, die sich auch um die Kröten beim Rosenhof kümmern, sehr. Weil man aber nicht alles ehrenamtlich machen könne, koste Tierschutz auch manchmal öffentliches Geld. Aber alle Fraktionen im

Neureuter Ortschaftsrat hätten eine kostengünstige Lösung gefunden. Er dankte allen Anwohner\*innen für ihr Verständnis und weil sie zeitweise einen kleinen Umweg fahren müssen, beim Umweltamt und Bürgerverein Heide für die Unterstützung.

**CDU-Ortschaftsrätin Martina Weinbrecht** dankt ihren Vorrednern. Ortschaftsrat Rouven Stolz habe recht, es sei viel Geld ausgegeben worden, es gehe jedoch um die Tiere und da müsse man etwas tun. Sie schlug vor, die Entwicklung abzuwarten und sich dann nochmals darüber zu unterhalten, ob es Sinn mache oder zu einer günstigeren Lösung kommen könne. Es sei abzuwarten, was dann mit Zentrum III dort kommen werde.

Für die **SPD** erinnert **Fraktionsvorsitzende Barbara Rohrhuber** daran, dass die Schranke bereits installiert und somit die Sache geklärt sei!

Prinzipiell, so **FDP-Fraktionsvorsitzender Ole Reher**, begrüße seine Fraktion die Vorgehensweise, sämtliche Tiere zu schützen, die es zu schützen gebe.

Zur angesprochenen Begrenzung der Redebeiträge merkt er unter anderem an, sich bei den Themen nicht zu verzetteln.

### **Ergebnis:**

Der Ortschaftsrat nimmt die Stellungnahme des Umweltsamtes zur Anfrage der AfD zum Thema „Kröten-Schranke Alte Bahnlinie“ zur Kenntnis.

### **Zu Punkt 5 der T.O.:      Anlegen von Stellplätzen „An der Waldschule“**

Bei einem Vororttermin sowie in zwei Sitzungen hat das Gremium bereits intensiv die Thematik diskutiert. Bereits in der vergangenen Sitzung des Ortschaftsrates im Mai war darüber beraten und die Diskussion in eine Ausschusssitzung verschoben worden.

Denn wiederholt kamen Beschwerden der Anwohner\*innen „An der Waldschule“ über zugeparkte Garageneinfahrten und Grundstückszufahrten durch die Nutzer\*innen der Wertstoffstation. Ferner reihen sich die Schulbusse durch den Transport der Kinder an die Hardtwaldschule, was zusätzliches Konfliktpotential mit

sich bringt. Im Hinblick auf eine zukünftige Nutzung des Waldsportplatzes fehlt es auch an Abstellflächen für Sportler und dem Bürgerverein Siedlergemeinschaften Kirchfeld waren Stellplätze in diesem Bereich ebenfalls ein langgehegtes Anliegen.

**SPD- Stadt- und Ortschaftsrätin Irene Moser** hatte die Einrichtung der Parkplätze in diesem Bereich angeregt. Die weiteren Ortschaftsratsfraktionen führten dazu auch ihre Einstellungen an bzw. wiesen auf entsprechende, zurückliegende Anträge hin.

Unter anderem machte **Grünen - Ortschaftsrat Bernd Kalusche** zurückliegend den Vorschlag, die bereits heute genutzten Parkplätze direkt vor der Wertstoffstation, die durch das Versetzen der Altglascontainer entstanden und heute gestampfte Fläche sei, diese aufzuwerten und mit Rasengittersteine zu versehen – dies konnte jedoch aufgrund des dort vorhandenen Schutzgebietes nicht realisiert werden.

In der Sitzung erinnert **Fraktionsvorsitzender Karsten Lamprecht** daran, dass bereits im Ausschuss vorberaten worden sei. Er beantragt deshalb, fünf Stellplätze mit Rasengittersteinen anzulegen und während der Öffnungszeiten der Wertstoffstation die Parkdauer auf 30 Minuten zu begrenzen.

**Fraktionsvorsitzender Ole Reher** bedauert, dass der Vorschlag von Ortschaftsrat Bernd Kalusche nicht realisiert werden könne. Seine Fraktion folge dem Vorschlag der Verwaltung.

**Ortschaftsrätin Irene Moser** ruft nochmals den Vorschlag von SPD-Fraktionsvorsitzender Barbara Rohrhuber in Erinnerung, den Grünstreifen nicht zu sehr zu verdichten, sondern einen etwa ½ Meter breiten Bereich der Parkplätze auf die Straße zu verlegen. Die Bäume würden dies danken.

Wenn die Straßenverkehrsstelle diese Variante ablehne, könne man die Stellplätze noch immer auf dem Grünstreifen platzieren.

**Ortschaftsrätin Siglinde Andor** meint, ihre Fraktion könne diesen Vorschlag mitgehen, die Parkplätze rund 50 cm auf die Straße zu rücken.

**Hauptamtsleiter Thomas Jäger** macht jedoch deutlich, dass der Vorschlag der Verwaltung, den gesamten Bereich auf dem Grünstreifen mit Rasengittersteinen zu versehen, für eine Realisierung unproblematischer sei.

In Zusammenfassung der Aussprache kommt es mehrheitlich zum

**Beschluss:**

In einem ersten Schritt sollen fünf Stellplätze mit wasserdurchlässigen Rasengittersteinen rund zwei Meter im Grünstreifen „An der Waldschule“ parallel zum Bundeswehrgelände angelegt werden.

**Zu Punkt 6 der T.O.: Bekanntgaben der Ortsverwaltung**

**6.1**

**Hauptamtsleiter Thomas Jäger** informiert:

- Zur Stellenbesetzung der Schulleitung an der Nordschule:  
In die Auswahlkommission vom Regierungspräsidium ist Stadtrat Jürgen Wenzel als Vertreter in dieses Gremium berufen worden.
- Hinsichtlich des Vorschlags von Fraktionsvorsitzenden Karsten Lamprecht zu einer möglichen Impfkation in Neureut: Kontaktaufnahme Dr. Geßner, Dr. Behnes und Apotheker Herr Schieber wegen möglicher Sonder-Corona-Impfkation in Neureut ist erfolgt. Impftermin am 19.06. ab 9 Uhr, 720 Dosen Impfstoff stehen zur Verfügung, buchbar über die Homepages der Neureuter Apotheken für PLZ 76149. Hierzu erfolgt in dieser Woche in den „Neureuter Nachrichten“ eine Pressemitteilung.
- Die Ortsverwaltung veranlasste im Juni Auszahlungen an die Neureuter Vereine in Höhe von 119.234,85 € als Jugendzuschuss und für Pflege- und Unterhaltungsmaßnahmen an das Schul- und Sportamt.
- Der WLAN-Anschluss in der Südschule erfolgreich abgeschlossen, auch im Lammsaal wird demnächst WLAN zur Verfügung stehen.
- Medienpulte im Schulzentrum sind installiert, ein Besichtigungstermin Schulleitung mit Ortschaftsrat erfolgt nach den Ferien.
- Bitte vormerken: Sitzung des Bauausschuss wird am Mittwoch, 23.06.21 per alfaview eingeschoben, denn es liegen mittlerweile bereits neun Bauanträge vor.
- Faltblatt der Bürgerinitiative gegen Geothermie liegt hinten im Saal auf. Dieses Faltblatt haben bereits viele Neureuter\*innen in ihrem Briefkasten erhalten. Hauptamtsleiter Thomas Jäger hat darauf hingewiesen, dass auf dem darin

veröffentlichten Bild der falsche Standort dargestellt sei – denn dieser entspreche nicht der Beschlusslage des Ortschaftsrates. Denn dieser habe sich für Standort 6 und nicht für den dargestellten Standort 4 ausgesprochen.

## **Zu Punkt 7 der T.O.:      **Anfragen und Anregungen aus dem Ortschaftsrat****

### **7.1**

**Fraktionsvorsitzender Ole Reher** will wissen,

a)

ob das Neureuter Hallenbad demnächst öffne? Er habe gehört, die Bademeister seien abgezogen worden, um andere Bäder zu unterstützen, könne deswegen das Bad eventuell nicht öffnen?

b)

Er interessiere sich hinsichtlich Geothermie dafür, wie sich jetzt die Stadt Karlsruhe und der Oberbürgermeister bei der wachsenden Zahl der Geothermiegegner hierzu positioniere. Er würde dem Ortschaftsrat dringend eine Sitzung empfehlen, in der dieser sich neu „sortieren“ möge, weil sich ganz viele Dinge im Moment neu konstellieren. Er hinterfragt auch, ob der Standort Neureut bei dem Druck, der momentan entgegenschlage, noch begrüßenswert sei. Dies solle bald geschehen, denn er sei bereits gestern und heute von verschiedenen Bürger\*innen angesprochen worden, wie sich seine und die andere Fraktionen dazu positionieren.

### **Antworten:**

zu a)

Die Ortsverwaltung habe auch die Info, dass es sein könne, dass das Neureuter Bad nicht geöffnet werde, weil das Personal in den Freibädern benötigt werde. Coronabedingt habe man dort zu wenig Saisonkräfte. Ob Schwimmkurse stattfinden könne, sei noch in der Schwebe.

Zu b)

Bezüglich der Geothermie hat Hauptamtsleiter Thomas Jäger im Rathaus ebenfalls Nachfragen von Bürger\*innen. Nachdem das Faltblatt im Ort verteilt wurde, seien Bürger\*innen der Meinung gewesen, dass das Thema bereits heute ausgiebig im Ortschaftsrat diskutiert werde.

Momentan ist nicht davon auszugehen, dass sich die Meinung des Dezernates und des Oberbürgermeisters zum Thema Geothermie in Neureut geändert habe.

## 7.2

**Ortschaftsrat Dieter König** fragt

a)

wegen der Ausschreibung Architektenwettbewerb Adolf-Ehrmann-Bad nach, es gebe hierzu widersprüchliche Aussagen in den Medien, dass es verschoben werde bzw. 2029 komme. Er wolle nun nachfragen, inwieweit der Verwaltung bekannt sei, wie der Sachstand ist? Läuft bzw. wann soll eine Ausschreibung für den Architektenwettbewerb laufen?

b)

Im Schulzentrum sei das Stadium der Fertigstellung der Container offensichtlich erreicht? Zum einen wäre es schön, wenn der Ortschaftsrat hier coronakonform eine Besichtigung machen könne, zudem wolle er zur Finanzierung Informationen, wie z.B. ist das Projekt im Rahmen des Budgets geblieben?

### Antworten zu:

a)

Dazu ist der Ortsverwaltung momentan kein aktueller Stand bekannt.

b)

Gerne könne man bei der Schulleitung wegen eines Besichtigungstermins anfragen. Die Container seien erst gemietet worden, die Stadt beabsichtige diese zu kaufen, um sie dann auch für weitere Zwecke (z.B. Sanierung Südschule) einzusetzen. Angaben zu Kosten können nicht erfolgen.

**Ortschaftsrat Dieter König** bittet um zeitnahe Information, was zugesagt wird.

## 7.3

**Ortschaftsrat Rouven Stolz** weist darauf hin,

a)

dass am Parkplatz Apfelplantage Heidelberg die Äste auf die Stromkabel herabhängen.

b)

am Spielplatz Gässle fehlten die Bänke – was ist mit diesen passiert?



**Antworten zu a und b:**

Überprüfen bzw. Klärung zugesagt.

Im Zuge der Besichtigung der Container am Schulzentrum könne auch, so der **stellvertretende Vorsitzende**, bei der Schulleitung die Erfahrungswerte mit Homeschooling nachgefragt werden.

---

Der Vorsitzende

---

Die Protokollführerin

Die Urkundspersonen: